

Ausschuß für Abrüstung und Verteidigung.

Wer dieser Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist gegen diese Überweisung? - Wer enthält sich der Stimme? - Die Mehrheit war gegen eine Überweisung. Damit müssen wir auch diese Vorlage hier entscheiden. Es handelt sich um das Gesetz zur Durchführung eines Volksentscheides über den sicherheitspolitischen und militärischen Status des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik in einem künftigen vereinigten Deutschland.

Auch hier gilt das gleiche, was ich im Grundsatz vorhin erklärt habe. Dieses Gesetz würde damit dann in 2. Lesung beraten werden, da eine Überweisung abgelehnt worden ist. Es handelt sich aber nicht um ein Verfassungsgesetz, d. h. für die Annahme reicht die einfache Mehrheit.

Wer diesem Gesetz in der vorgelegten Form - Drucksache Nr. 185 - zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Eine klare Mehrheit ist gegen diesen Gesetzentwurf gewesen. Er ist damit abgelehnt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 8.

Antrag der Fraktion der PDS betreffend Die Regierung der DDR wird verpflichtet, in den Verhandlungen mit der Regierung der BRD über den Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag) die Forderung nach Ausgleichszahlungen durch die BRD an die DDR für die von der DDR erbrachten höheren Reparationsleistungen zu stellen und nachdrücklich zu vertreten

(1. Lesung)

(Drucksache Nr. 182)

Ich bitte den Vertreter der Fraktion der PDS, den Abgeordneten Keller, das Wort zur Begründung zu nehmen.

Dr. Keller für die Fraktion der PDS:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist eine nicht ganz glückliche Situation, wenn man nach zwei abgelehnten Anträgen an das Rednerpult treten muß, zumal ich eine Vorlage begründen muß, die mehr als drei Wochen alt ist und in der Verhandlung von K und K keine Rolle mehr spielen kann oder vielleicht nur eine geringe Chance hat, eine Rolle zu spielen.

Man hört in diesen Tagen sehr viel von den negativen Positionen, die dieses Land in diese Verhandlungen einzubringen hat. Aber ich darf Sie, meine Damen und Herren, daran erinnern, daß westdeutsche Historiker bereits zu Beginn der sechziger Jahre davon sprachen, daß die Noch-DDR mehr als 100 Mrd. Mark mehr an Reparationen bezahlt hat als die Bundesrepublik Deutschland. Die Zahlen sind heute anders geworden. Es kann nicht die Aufgabe der Parlamentarier sein, über die Gültigkeit dieser Zahlen zu diskutieren.

Aber der historische Fakt bleibt bestehen, daß die jetzige Deutsche Demokratische Republik bedeutend mehr an Reparationen bezahlt hat als die Bundesrepublik Deutschland. Der Fakt bleibt bestehen, daß unser Land mehr an Schulden büßen mußte als das Land, mit dem wir uns vereinigen werden. Und der Fakt bleibt bestehen, daß das auf die Entwicklung der DDR nachhaltigen Einfluß ausgeübt hat.

Deshalb hat die Fraktion der PDS diese Vorlage eingebracht, damit der Verhandlungsführer der Regierung der DDR in den Verhandlungen mit der Bundesregierung Deutschlands deutlich macht, daß die Milliarden, die jetzt genannt werden als Hilfe für die DDR, nicht nur eine moralische Rechtfertigung sind, sondern auch eine juristische rechtliche Wiedergutmachung gegenüber den Bürgern dieses Landes.

Ich weiß, daß diese Vorlage zu spät kommt; ich weiß, daß die Verhandlungen im Prinzip abgeschlossen sind. Mir tut es leid, daß der Antrag der PDS auf eine Sondertagung der Volkskammer, wo wir zu diesen Fragen sprechen wollten, abgelehnt wurde. Ich glaube aber, es ist unsere historische Pflicht, auf dieses Problem hier aufmerksam zu machen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Wir haben uns darauf geeinigt, daß die Fraktionen dazu kurz Stellung nehmen können, zunächst für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Körber.

Dr. Körber für die Fraktion der SPD:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ansatz im Antrag der PDS auf der Basis der Berechnungen des Bremer Professors Peters geht davon aus, daß bei den Reparationskosten eine Übervorteilung der DDR in Höhe von 727 Mrd. DM zum Basisjahr 1989 erfolgt. Richard von Weizsäcker hat vor nicht allzu langer Zeit erklärt, daß der 8. Mai 1945 das letzte gemeinsame Datum des einheitlichen Deutschlands war. Die Frage der Ausgestaltungen der Reparationszahlungen war von diesem Zeitpunkt an eine Frage des politischen Agreements der jeweiligen politischen Administration in Ost- bzw. Westdeutschland mit ihren Besatzungsmächten. Der Ausgleich für die in der Vergangenheit geleisteten Reparationen hat sowohl, und das hat Herr Keller hier gesagt, einen juristischen als auch einen moralischen Aspekt.

Wir alle wissen, meine Damen und Herren, da eine Rechtsgrundlage für einen Ausgleichsanspruch, wie sie Ihnen hier die PDS aus wahltaktischen Gründen anmahnt, nicht besteht, können wir diesen von vornherein ausklammern. Bleibt die Frage, ob wir einen moralischen Anspruch hierauf begründen können.

Meine Damen und Herren! Nach dem Krieg waren die heutigen beiden deutschen Staaten in vier Besatzungszonen aufgeteilt, von denen sich die drei westlichen sehr schnell zur heutigen Bundesrepublik Deutschland zusammengeschlossen haben. Mit der Zielrichtung auf eine gleichberechtigte Partnerschaft mit den damaligen westlichen Alliierten hat die Bundesrepublik dann eine Politik eingeleitet, die zu einem Arrangement mit den westlichen Alliierten geführt hat, das die zu leistenden Reparationen der Bundesrepublik begrenzte und schließlich zu einem Verzicht der westlichen Alliierten geführt hat. Parallel hierzu erfolgte auf der Basis der Marshall-Planhilfe der Aufbau der sozialen Marktwirtschaft, die zu dem heutigen Wohlstand, der hohen Beschäftigung und gesamtwirtschaftlichen Leistung der Bundesrepublik geführt hat.

Was hat demgegenüber das damalige SED-Regime getan? Anstatt die berechtigten Interessen unserer Landsleute zu vertreten und die Grundlagen für einen wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen, hat sich das SED-Regime von Anbeginn als ein verlängerter Arm der Sowjetunion verstanden und es zugelassen, daß die DDR auf die Marshall-Planhilfe verzichtet hat. Alternativ wurde über vier Jahrzehnte die verfehlte, mit der Sowjetunion nach Bruderkußmanier abgestimmte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik betrieben. Die Verantwortung dafür, daß im Deutschland nach dem Krieg so ungleiche Bedingungen für die Entwicklung der beiden Teilstaaten geschaffen worden sind und die DDR dabei so viel schlechter abgeschnitten hat, tragen damit die SED und ihre Nachfolgeorganisation hier in der Volkskammer.

(Beifall bei SPD, F.D.P., DSU und CDU/DA)

Ich frage: Woher nehmen Sie gerade den moralischen Anspruch, für Ihre eigenen Fehlleistungen in der Vergangenheit Ausgleichsansprüche an andere zu stellen?

(Beifall bei SPD, F.D.P., DSU und CDU/DA)

Ich denke, es ist sinnvoll, sich an gravierende wirtschaftspolitische und gesellschaftspolitische Fehlleistungen zu erinnern, die letztlich zum Bankrott des Staatsgebildes DDR geführt haben. Ich nenne Abkopplung von der internationalen Arbeitsteilung, insbesondere nach dem Mauerbau. Ich nenne Zerschlagung des Mittelstandes ab 1971, ich nenne Überbewertung von Grundstoffindustrie -

(Unverständlicher Zuruf)

Sie waren aber doch die führende - anstelle des frühzeitigen Aufbaus von Wachstumsindustrie, ein entscheidender Fehler der Industriestrategie ab 1968.

Ich nenne Anwendung eines Subventionsfilzes in Wirtschaft und Gesellschaft. Ich nenne Aufbau eines Sozialnetzes, und das muß hier klar gesagt werden, das weit über die eigenen Mög-